

ーティグは、1982年5月24～26日、オランダで第二回の会合を開いたが、平和運動にたずさわって不利益を蒙っている人びとのために法律相談所を設けては、とのギュンター・グラスの提案に、東ドイツの作家同盟会長で、党の路線に忠実なヘルマン・カント Hermann Kant がはげしく反撥するなど、「ほとんどあらゆる議論が行きづまった」。⁶⁷⁾ しかし、第一回とは異な

『世界』1982年7月号) のは全くの誤りである。
むしろ、そうした申し合わせなどしないことを条件に開かれたミーティングであった。

67) *FR* vom 28. Mai. 1982.

り、2日半のミーティングのあとに発表されたコミュニケには、「政府の祝福をえているか否かにかかわらず」世界中のあらゆる平和運動を支持しよう、とあって、東ドイツの公式の立場を代表するカントらは窮地に立たされた。第一回のミーティングが卒直な意見交換を目的とし、そこに止ったのに対し、第二回のそれはかなり性格を異にした。カントら東ドイツの作家が東ドイツ代表团として行動したことに原因の一つがあった。東ドイツ政府の対平和運動政策の変更が背景にあったとみるべきであろう。

【資料】

ドイツ平和運動の各種声明、アピール

以下に採録したのは、前掲の「'81西ドイツ平和運動(そのI)」の文中にもふれた各種の声明、アピールの原文である。多くはビラ、新聞報道の形のままであって、例えばクレーフェルト宣言がどういう見出しで一般に伝えられたかは見られるとおりである。

多くの声明、アピール類のごく一部であるが、それでも日本と比べるとこれらの声明などが質

量ともに豊富かつ充実していることがみてとれよう。

それぞれがどういう文脈で発表されたものであるかは別稿で明らかにされているが、ここに集められているのは、ドイツの平和運動のなかを流れるさまざまな潮流をほぼ代表するはずである。

※

※

資料—1：独文ラッセル・アピール

資料—2：クレーフェルト宣言

資料—3：ベルリン・イニシャティヴ声明

資料—4：10.10 デモへの ASF などの呼びかけ

資料—5：ヨーロッパ文筆家アピール

資料—6：平和宣言 '82

資料—7：6.10 反レーガン・デモの呼びかけ

資料—8：東ドイツ福音派教会の「剣を鋤に……」宣言

資料—9：エッペルマンのベルリン・アピール

資料—10：ハーヴェマンのブレジネフ宛公開書簡

Aufruf für ein atomwaffenfreies Europa



Wir stehen an der Schwelle des gefährlichsten Jahrzehnts in der Geschichte der Menschheit. Ein dritter Weltkrieg ist nicht nur möglich, sondern er wird auch immer wahrscheinlicher. Ökonomische und soziale Schwierigkeiten in den entwickelten Industrieländern, Krisen, Militarismus und Kriege in der »Dritten Welt« bilden die Grundlage politischer Spannungen, die einen wahnwitzigen Rüstungswettkampf anheizen. In Europa, dem geographischen Hauptschauplatz der Ost-West-Konfrontation, tauchen neue Generationen immer mörderischerer Atomwaffen auf.

Seit über fünfundzwanzig Jahren verfügen die Militärmächte der NATO wie des Warschauer Vertrages über genügend atomare Waffen, um sich gegenseitig zu vernichten und gleichzeitig die Grundlage des zivilisierten Lebens überhaupt zu gefährden. Doch Jahr für Jahr hat das atomare Wettrüsten ihre Anzahl vervielfacht und damit die Wahrscheinlichkeit eines katastrophischen Unfalls oder Berechnungsirrtums erhöht.

Während jede Seite sich bemüht, ihre Bereitschaft zum Einsatz von Atomwaffen unter Beweis zu stellen, um so deren Einsatz durch die andere Seite zu verhindern, werden neue »einsatzfähigere« Atomwaffen entwickelt und wird die Öffentlichkeit mehr und mehr an die Vorstellung eines »begrenzten« Atomkrieges gewöhnt. Das geschieht in einem solchen Umfang, daß diese paradoxe Entwicklung logischerweise nur zum tatsächlichen Einsatz von Atomwaffen führen kann.

Keine der führenden Mächte ist heute in einer moralischen Position, aus der sie kleinere Länder zum Verzicht auf Atomwaffen bewegen könnte. Die zunehmende Verbreitung von Kernkraftwerken und das Wachstum der sie betreibenden Industrie machen eine weltweite Verbreitung von Atomwaffen immer wahrscheinlicher und vervielfachen somit die Risiken von atomaren Auseinandersetzungen.

Seit Jahren drängt die öffentliche Meinung auf atomare Abrüstung und Entspannung zwischen den rivalisierenden militärischen Blöcken. Dieses Bemühen ist erfolglos geblieben. Ein wachsender Anteil des weltweiten Wirtschaftspotentials wird auf Rüstung verwendet, obgleich die gegenseitige Vernichtung längst im Übermaß gewährleistet ist. Diese ökonomische Belastung trägt im Osten und im Westen zu wachsenden sozialen und politischen Spannungen bei und setzt einen Teufelskreis in Bewegung, in dem das Wettrüsten von der Instabilität der Weltwirtschaft zehrt und umgekehrt—ein tödliches Wechselspiel.

Wir befinden uns heute in großer Gefahr. Generationen sind im Schatten eines Atomkriegs aufgewachsen und haben sich an die Bedrohungen gewöhnt. Die Besorgnis ist der Apathie gewichen. Unterdessen hat sich in unserer Welt, die unter ständiger Bedrohung lebt, in beiden Hälften Europas Furcht ausgebreitet. Die Macht des Militärs und der inneren Sicherheitsorgane wird erweitert, freier Austausch von Gedanken und Verkehr von Personen werden Beschränkungen unterworfen, und die Bürgerrechte unabhängig denkender Menschen sind im Osten wie im Westen gefährdet.

Es geht uns nicht um eine Aufteilung der Schuld zwischen den politischen und militärischen Führern des Ostens und des Westens. Schuld trifft beide Kontrahenten gleichermaßen. Beide haben eine drohende Haltung angenommen und in verschiedenen Teilen der Welt Aggressionsakte begangen.

Es liegt bei uns, dagegen etwas zu tun. Wir müssen gemeinsam darauf hinarbeiten, das gesamte Territorium Europas, von Polen bis Portugal, von atomaren Waffen, von Luft- und U-Boot-Stützpunkten und von allen Einrichtungen freizumachen, die mit der Erforschung oder Herstellung von Atomwaffen beschäftigt sind. Wir fordern die beiden Supermächte auf, sämtliche Atomwaffen vom europäischen Territorium abzuziehen.

Insbesondere fordern wir die Sowjetunion auf, die Produktion der SS-20-Mittelstreckenraketen einzustellen, und fordern wir von den Vereinigten Staaten, ihren Beschluß über die Entwicklung von Marschflugkörpern (cruise missiles) und Pershing-II-Raketen zur Stationierung in Westeuropa nicht durchzuführen. Ferner drängen wir auf die Ratifizierung des SALT-II-Abkommens, als einen notwendigen Schritt auf dem Weg zur Wiederaufnahme von effektiven Verhandlungen über eine allgemeine und vollständige Abrüstung.

Gleichzeitig müssen wir das Recht aller Bürger in Ost und West verteidigen und ausweiten, an dieser gemeinsamen Bewegung und an jeder Art von Meinungsaustausch teilzunehmen.

Wir appellieren an unsere Freunde in Europa gleich welchen Glaubens und welcher Weltanschauung, intensiv darüber nachzudenken, auf welche Weise wir für diese gemeinsamen Ziele zusammenarbeiten können. Wir stellen uns eine gesamteuropäische Kampagne vor, in der die verschiedensten Formen des Austauschs stattfinden, in der Vertreter verschiedener Länder und Meinungen miteinander beraten und ihre Aktionen koordinieren und in der die mehr informellen Begegnungsformen zwischen Universitäten, Kirchen, Frauenorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Berufsorganisationen und Individuen für ein gemeinsames Ziel genutzt werden: ganz Europa von Atomwaffen zu befreien.

Wir müssen damit anfangen, so zu handeln, als ob ein vereintes, neutrales und friedliches Europa bereits existierte.

Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem »Osten« oder »Westen«, sondern untereinander loyal zu sein, und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.

Es liegt in der Verantwortung der Bevölkerung jedes Landes, auf die Beseitigung von Atomwaffen und Stützpunkten in Europa, zu Land und zu Wasser, hinzuarbeiten und über die ihrem Land angemessenen Mittel und Strategien zur Erreichung dieses Zieles zu entscheiden. Diese werden von Land zu Land verschieden sein; wir sind nicht der Ansicht, daß eine einheitliche Strategie durchgesetzt werden muß. Aber dies muß Thema einer transkontinentalen Bewegung sein, in der alle möglichen Formen des Austauschs stattfinden können.

Wir müssen uns allen Versuchen von Politikern aus Ost und West widersetzen, diese Bewegung zu ihrem eigenen Vorteil zu manipulieren. Wir wollen weder der NATO noch dem Warschauer Vertrag Vorteile verschaffen. Vielmehr muß es unser Ziel sein, Europa aus der Konfrontation zu lösen, Entspannung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion durchzusetzen und schließlich die großen Machtblöcke aufzulösen.

Wenn wir an unsere europäischen Landsleute appellieren, so bedeutet das nicht, daß wir der übrigen Welt den Rücken zukehren. Indem wir für den Frieden in Europa arbeiten, arbeiten wir für den Frieden in der Welt. Europa hat schon zweimal in diesem Jahrhundert seinen zivilisatorischen Anspruch mit Füßen getreten, indem es zwei Weltkriege angezettelt hat. Dieses Mal müssen wir unsere Schuld gegenüber der Welt begleichen, indem wir zum Frieden anstiften.

Dieser Appell wird wirkungslos bleiben, solange er nicht von zielbewußten und phantasievollen Aktionen begleitet wird, die mehr Menschen für seine Unterstützung gewinnen können. Wir müssen der Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa überwältigenden Nachdruck verleihen.

Wir wollen der Bewegung weder Uniformität aufzwingen noch den Überlegungen und Entscheidungen der zahlreichen Organisationen vorgreifen, die schon ihren Einfluß zugunsten von Abrüstung und Frieden geltend machen. Aber die Zeit drängt. Die Gefahr nimmt ständig zu. Wir bitten um Ihre Unterstützung für unser gemeinsames Ziel und wir begrüßen Ihren Rat und Ihre Hilfe.

Der Atomtod bedroht uns alle

Gert Bastian, Würzburg — Prof. Dr. Dr. h. c. Karl Bechert, Weilmünster — Petra K. Kelly, Nürnberg
D. Martin Niemöller, Wiesbaden — Prof. Dr. Helmut Ridder, Gießen — Christoph Strässer, Münster
Gösta von Uexküll, Hamburg — Josef Weber, Köln

Keine Atomraketen in Europa

Krefelder Appell an die Bundesregierung

Immer offensichtlicher erweist sich der Nachrüstungsbeschuß der NATO vom 12. Dezember 1979 als verhängnisvolle Fehlentscheidung. Die Erwartung, wonach Vereinbarungen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung der eurostrategischen Waffensysteme noch vor der Stationierung einer neuen Generation amerikanischer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westeuropa erreicht werden könnten, scheint sich nicht zu erfüllen.

Ein Jahr nach Brüssel ist noch nicht einmal der Beginn solcher Verhandlungen in Sicht. Im Gegenteil: Der neu gewählte Präsident der USA erklärt unumwunden, selbst den bereits unterzeichneten SALT-II-Vertrag zur Begrenzung der sowjetischen und amerikanischen strategischen Nuklearwaffen nicht akzeptieren und deshalb dem Senat nicht zur Ratifizierung zuleiten zu wollen.

Mit der Verweigerung dieser Ratifizierung durch die USA würde jedoch die Aussicht auf Verhandlungen zur Begrenzung der eurostrategischen Nuklearwaffen unvermeidbar in noch weitere Ferne rücken. Ein selbstmörderischer Rüstungswettlauf könnte nicht im letzten Augenblick gestoppt werden; seine zunehmende Beschleunigung und offenbar konkreter werdende Vorstellungen von der scheinbaren Begrenzbarkeit eines Nuklearkrieges müßten in erster Linie die europäischen Völker einem untragbaren Risiko aussetzen.

Die Teilnehmer am Krefelder Gespräch vom 15. und 16. November 1980 appellieren daher gemeinsam an die Bundesregierung,

- ① die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen;
- ② im Bündnis künftig eine Haltung einzunehmen, die unser Land nicht länger dem Verdacht aussetzt, Wegbereiter eines neuen, vor allem die Europäer gefährdenden nuklearen Wettrennens sein zu wollen.

In der Öffentlichkeit wächst die Sorge über die jüngste Entwicklung. Immer entschiedener werden die Möglichkeiten einer alternativen Sicherheitspolitik diskutiert. Solche Überlegungen sind von großer Bedeutung für den demokratischen Prozeß der Willensbildung und können dazu beitragen, daß unser Volk sich nicht plötzlich vollzogenen Tatsachen gegenübergestellt sieht.

Alle Mitbürgerinnen und Mitbürger werden deshalb aufgerufen, diesen Appell zu unterstützen, um durch unablässigen und wachsenden Druck der öffentlichen Meinung eine Sicherheitspolitik zu erzwingen, die

- ③ eine Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA nicht zuläßt;
- ④ Abrüstung für wichtiger hält als Abschreckung;
- ⑤ die Entwicklung der Bundeswehr an dieser Zielsetzung orientiert.

Bitte einsenden an: Josef Weber, Amsterdamer Straße 64, 5000 Köln 60
Finanzielle Unterstützung erbeten auf Postscheckkonto Josef Weber, Postscheck Essen, Kto. 158570—435

Ich schließe mich dem Appell an die Bundesregierung an, die Zustimmung zur Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern in Mitteleuropa zurückzuziehen.

Name:

Anschrift:

Beruf/Funktion:

.....
Datum

.....
Unterschrift

Grundsatzerklärung der Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit

Das große Karthago führte drei Kriege.
Es war noch mächtig nach dem ersten,
noch bewohnbar nach dem zweiten.
Es war nicht mehr auffindbar nach dem dritten.»
(Bertolt Brecht)

Gerade für die Berliner gibt es keine Alternative zur Entspannungspolitik.

In Sorge um die bedrohliche internationale Entwicklung in den letzten Wochen und Monaten hat sich im Februar 1980 die «Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit» konstituiert. Ihr gehören Gewerkschafter, Wissenschaftler, Theologen, Politiker, Publizisten, Künstler und andere interessierte Bürger an. Sie haben sich auf der Plattform der bundesweiten «Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit» zusammengeschlossen, um mit allem Nachdruck für die Fortsetzung der Friedens- und Vertragspolitik auch und insbesondere in Berlin einzutreten:

1. Nüchterne und realistische Politik ermöglichte in den letzten Jahren, die Spannungen zwischen Ost und West in Europa durch eine Reihe bedeutsamer Verträge und Abkommen abzubauen. Damit ist der Gewaltverzicht zu einem zentralen Element der zwischenstaatlichen Beziehungen in Europa geworden.

Unsere Stadt und die Menschen in beiden deutschen Staaten haben in besonderer Weise von der Entspannungspolitik profitiert. Die Menschen in Berlin – an der Trennungslinie zwischen den beiden Militärblöcken – wissen aus eigener Erfahrung zu schätzen, wie viele praktische Verbesserungen das Leben seit dem Berlin-Abkommen leichter gemacht haben.

2. Trotz der Verbesserungen seit Anfang der 70er Jahre müssen wir besorgt Rückschläge in der Entspannungspolitik feststellen: Binnen weniger Monate hat sich seit der Unterzeichnung von SALT II im Juni 1979 die internationale Lage zugespitzt: Mit großem Unwillen wurde in den USA das SALT-II-Abkommen zur Kenntnis genommen, seine Ratifizierung glaubte die US-Regierung durch neue riesige Rüstungsprogramme erkaufen zu müssen. Die NATO beschloß am 12. Dezember 1979 das Raketenrüstungsprogramm. Sowjetische Truppen marschierten in Afghanistan ein. Die USA beschleunigten den Aufbau einer militärischen Eingreiftruppe. Die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran dauert an. SALT II wurde nicht ratifiziert, sondern auf unbestimmte Zeit zurückgestellt. Die nach der Ratifizierung vorgesehenen Abrüstungsverhandlungen über SALT III, die die europäischen Atomwaffen einbeziehen sollten, rücken in weite Ferne. Ein erstes MBFR-Abkommen zur Truppenreduzierung in Mitteleuropa wird immer noch blockiert. Der Erfolg der für November 1980 vorgesehenen KSZE-Nachfolgekonferenz zur Festigung und Vertiefung der europäischen Entspannungspolitik ist gefährdet.

Die Gegner der Friedenspolitik und des internationalen Ausgleichs rufen seit Afghanistan mehr denn je nach Boykott und Aufrüstung und fordern damit die Rückkehr zu den Methoden des Kalten Krieges.

3. Die sowjetische Intervention in Afghanistan bedeutet keineswegs zwangsläufig das Ende der Entspannungspolitik. Im Gegenteil: Der aktuelle Konflikt im mittleren Osten war nur möglich, weil in dieser Region bisher keine Politik des internationalen Ausgleichs und des gegenseitigen Gewaltverzichts betrieben wurde.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan kann nicht hingenommen werden. Sie hat ebenso wie die widerrechtliche Geiselnahme in Teheran und die Verweigerung ihrer Freilassung ihren Teil zur Verschärfung der internationalen Lage beigetragen. Das übergeordnete Interesse zur Sicherung des Weltfriedens verlangt jedoch, mit geeigneten diplomati-

schen Maßnahmen die Konflikte einzugrenzen und zu lösen sowie alles zu unterlassen, was die Krise verschärft und die Entspannungspolitik gefährdet.

Weder Eingreiftruppen noch aufgerüstete Militärdiktaturen können den Frieden sichern. Der Frieden kann nur dadurch hergestellt werden, daß die beteiligten Großmächte und die betroffenen Länder miteinander verhandeln und politische Lösungen suchen. Die Durchsetzung dieser Prinzipien ist jetzt das oberste Gebot der spezifisch europäischen Verantwortung für den Fortbestand der Entspannungspolitik und damit zur Sicherung des Friedens. Eine Droh- und Boykottpolitik ist mit diesen Zielen nicht vereinbar.

4. Entspannungspolitik ist bisher nur in begrenzten Bereichen der internationalen Beziehungen praktiziert worden. Sie war bisher immer «teilbar»:

Während die NATO 1967 die Entspannungspolitik in Europa einleitete, weiteten die USA den Krieg auf Nordvietnam aus; während das Berlin-Abkommen abgeschlossen wurde, fielen Bomben auf Hanoi. Die Entspannungspolitik in Europa hat ihren Teil dazu beigetragen, daß der Vietnamkrieg nicht zu einem Weltkrieg eskalierte.

Auch heute kann die Entspannungspolitik in Europa zur Eindämmung von Konflikten in anderen Teilen der Welt beitragen.

5. Die «Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit» tritt entschieden gegen den Mißbrauch der Parole von der «Unteilbarkeit der Entspannung» auf, wenn sie auf die Politik der «Unteilbarkeit der Spannungen» hinausläuft.

Jede Zuspitzung der Lage in Europa, sei es durch Aufrüstungs- und Boykottmaßnahmen oder den Abbruch diplomatischer Kontakte, würde in erster Linie die schwächste Stelle des Westens, Berlin, treffen.

Berlin ist nicht mit militärischen Maßnahmen zu sichern. Auch jede politische Konfrontation schadet Berlin. Berlin lebt nur mit der Entspannungspolitik, die seine Zukunft sichert. Für diese Politik – und gegen jede Stimmungsmache im Geiste des Kalten Krieges – öffentlich einzutreten, die Bevölkerung zu informieren und auf die Politiker einzuwirken, stellen wir uns als vordringliche und aktuelle Aufgabe.

Berlin, im April 1980

Das Kuratorium der Berliner Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit:

Heinrich Albertz
Prof. Dr. Ulrich Albrecht
Eva Maria Bannach-Epple
Dr. Wolfgang Biermann
William Borm
Prof. Dr. Albrecht Dehnhardt
Ingeborg Drewitz
Prof. Dr. Theodor Ebert
Jürgen Egert
Horst Emmelmann
Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim
Prof. Dr. Helmuth Gollwitzer
Heinz Hackbarth
Prof. Dr. Dieter Huhn
Meo Hellriegel-Rentzel
Prof. Dr. Werner Jung
Dr. Manfred Karnetzki
Rolf Kreibich
Eleonore Kujawa
Dr. Norbert Meisner
Jörg Mettke

Dr. Reinhard Mutz
Erwin Loßmann
Walter Neumann
Manfred Rexin
Manfred Richter
Harry Ristock
Jo Rodejohann
Bé Ruys
D. Kurt Scharf
Wolfgang P. Schaar
Waldemar Schulze
Dr. Hannes Schwenger
Friedrich-Wilhelm Sonnenberg
Reinhard Tietz
Ton Veerkamp
Hartmut Wallsdorf
Dr. Christian Wellmann
Dr. Lothar Wilker
Detlev Prinz
Carl-Heinz Evers
Prof. Dr. Dietrich Goldschmidt

Gegen die atomare Bedrohung gemeinsam vorgehen! – Für Abrüstung und Entspannung in Europa! Aufruf zur Demonstration und Kundgebung am 10.10. in Bonn

Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Ein 3. Weltkrieg wird aufgrund der weltweiten Aufrüstung immer wahrscheinlicher. Seit mehr als 30 Jahren haben die Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Wir in Europa sind durch die Stationierung neuer Atomwaffen in besonderer Weise bedroht.

Deshalb rufen Friedensorganisationen aus den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und anderen europäischen Ländern zu einer Demonstration und Kundgebung am 10. 10. 1981 in Bonn auf.

- Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen in Europa.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atomwaffen in West- und Osteuropa geöffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.
- Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder hergestellt, noch gelagert oder verwendet werden. Dies gilt auch für andere Massenvernichtungswaffen.
- Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen für wirksame Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

Wir sind alle aufgerufen, uns mit Mut, Kraft, Phantasie und langem Atem gegen einen drohenden Atomkrieg zu wehren und Alternativen zur gegenwärtigen Militärpolitik zu entwickeln.

Der Plan und der Aufruf entstanden in Kooperation von niederländischen und deutschen Friedensorganisationen. Veranstalter auf deutscher Seite sind die Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste und die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden.

Appell der Schriftsteller Europas

Die Menschheit soll jetzt an den verbrecherischen Gedanken gewöhnt werden, daß ein begrenzter Atomkrieg führbar sei – mit neuen Raketen, Neutronenbomben, Marschflugkörpern etc.

Wir setzen dagegen: Mit Atomwaffen ist kein begrenzter Krieg führbar; er würde die ganze Welt vernichten.

Über alle Grenzen von Staaten und Gesellschaftssystemen, über alle Meinungsverschiedenheiten hinweg richten wir an die Verantwortlichen den dringenden Appell, das neue Wettrüsten zu unterlassen und unverzüglich wieder miteinander in Verhandlungen über weitere Abrüstung einzutreten.

Wir fordern die Weltöffentlichkeit auf, nicht zu resignieren, sondern sich mit verstärkter Energie für den Frieden einzusetzen. Handeln wir gemeinsam, damit Europa nicht zum atomaren Schlachtfeld eines neuen und dann letzten Weltkriegs wird.

Nichts ist so wichtig wie die Erhaltung des Friedens!

Wie es mit dem Frieden weitergeht

I. Die Friedensbewegung wächst. Viele Gruppen verbreitern ihre Basis. Aus allen Lagern stoßen erwachende Bürger dazu. Folgende Grunderkenntnisse führen sie — bei allen Unterschieden im einzelnen — zusammen:

Der Rüstungswettlauf droht politischer Kontrolle vollends zu entgleiten.

Die Gefahr der Austilgung wächst durch eine neue Generation atomarer Kriegführungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Eine Sicherheitskonzeption, die mit dem Selbstmord ganzer Nationen droht, bringt keine Sicherheit.

Niemand kann verantworten, daß die Staaten des Nordens weiterhin die natürlichen Ressourcen der Erde für ihr Wettrüsten vergeuden, während Armut und Hunger die Völker im Süden zur Verzweiflung treiben.

Friede ist nicht als Geschenk einer Obrigkeit zu erwarten, er ist nur noch als gemeinsame Anstrengung der Völker erreichbar.

Die endlose Folge angeblicher Nachrüstungen muß ein Ende haben. Deswegen muß die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen verhindert werden.

Darüber hinaus müssen alternative Sicherheitskonzepte diskutiert und schließlich durchgesetzt werden, die statt der Aufrüstungsdynamik die der Abrüstung in Gang setzen.

Unser aller Fernziel ist die totale weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Ansätze in Mitteleuropa schaffen wollen.

II. Wenn unsere Ziele auch weit über das, was in Genf zur Verhandlung steht, hinausgehen, so begrüßen wir doch, daß jetzt in Genf verhandelt wird. Wir befürchten allerdings, daß ein Festhalten der USA an Präsident Reagans Version einer Null-Lösung die Verhandlungen blockieren müßte. Daß die eine Seite alles verschrottet, was sie in 20 Jahren aufgebaut hat, damit die andere Seite auf eine von mehreren zukünftigen Rüstungsmaßnahmen verzichtet, ist kein ernst zu nehmender Kompromißvorschlag.

Wir bedauern, daß der Vorschlag des Generalsekretärs der KPdSU, Leonid Breschnew, ein Moratorium in der Aufstellung von Mittelstreckenraketen zu verbinden mit einseitiger Reduzierung auf sowjetischer Seite, bisher von der Sowjetunion nicht präzisiert und vom Westen ohne stichhaltige Gründe abgelehnt wurde. Wir schlagen vor, daß die beiden Weltmächte sich bis zum Ende der Verhandlungen auf ein Moratorium verständigen und die Sowjetunion schon im Zuge dieses Moratoriums die Zahl ihrer auf Mittelstreckenraketen montierten Sprengköpfe auf den Stand vom 6. 5. 1978 verringert. An diesem Tag stellten der Bundeskanzler und der Generalsekretär der KPdSU gemeinsam fest, in Europa gäbe es ein militärisches Gleichgewicht.

Wir betrachten die Ereignisse in Polen mit Betroffenheit und mit Sympathie für den Freiheitswillen des polnischen Volkes. Der Wille von uns Westeuropäern, einen eigenen Weg zum Frieden zu suchen, ist eng verbunden mit dem Willen der Polen, ihren eigenen Weg in der Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten

zu finden. Die Ereignisse in Polen sind deshalb auch kein Argument gegen, sondern für die Friedensbewegung. Nur in einem durch Abrüstung befriedeten Europa können die Völker ihre Freiheit erringen und bewahren. In den Ländern des Warschauer Pakts hoffen viele Menschen, daß durch die Friedensbewegung ihr Spielraum für eigenständige Friedensarbeit sich erweitere. Der Kongreß der Schriftsteller in Ost-Berlin war dafür ein erstes Zeichen.

III. Friedensbewegung muß ansteckend sein, innerhalb unseres Landes und über seine Grenzen hinaus. Sie wird dies, wenn sie Frieden ausstrahlt, auch in ihren Methoden. Nicht ist wichtiger als der Frieden. Das erfordert aber, für den Frieden nur mit friedlichen Mitteln einzutreten, die die Unversehrtheit des Andersdenkenden achten. Darauf beruhen die starken Wirkungen der Bonner Friedensdemonstration des 10. Oktober und die große Mobilisierung der Friedenswochen im November 1981.

Wir appellieren an alle Gruppen, die sich zur Friedensbewegung zählen, sich nicht gegeneinander auszuspielen zu lassen und stets die gemeinsame Sache vor jedes Gruppeninteresse zu stellen. In der Friedensbewegung muß es eine Vielfalt an Meinungen, Aufgaben, Nahzielen, Ausdrucksformen und Organisationsmustern geben. Dies ist solange ihre Stärke, wie jeder die Arbeit des anderen nicht nur duldet, sondern als eine legitime Form von Friedensarbeit will und bejaht.

Die Basisorientierung und die Tag-zu-Tag-Arbeit der Friedensbewegung ist unverzichtbar und ihre große Stärke. Darüber hinaus bedarf es von Zeit zu Zeit ausdrucksstarker und zahlenmäßig unübersehbarer zentraler Manifestationen.

Wir rufen auf: Ostern 1982 soll ein Fest des Friedens werden. Überall, lokal und regional und durch mehrere Großkundgebungen, wollen wir zeigen, daß der Friede eine zu wichtige Sache ist, als daß man ihn den Verhandlungsdelegationen in Genf oder anderswo überlassen könnte. Laßt uns gemeinsam die anstößende und anstößige Unruhe um den Frieden in die Städte und Dörfer der Bundesrepublik Deutschland tragen!

Wir folgen der Absicht des DGB, auch in diesem Jahr den 1. September zum Antikriegstag mit Veranstaltungen überall in der Bundesrepublik zu machen.

Wir unterstützen den Vorschlag, der bereits in England und Holland diskutiert wird, im Herbst 1982 eine zentrale gesamteuropäische Friedenskundgebung zu veranstalten.

Die Gruppe, die dieses Manifest unterzeichnet hat, ist (alphabetisch):

Inge Aicher-Scholl, Heinrich Albertz, Ulrich Albrecht, Gert Bastian, Heinrich Böll, William Borm, Andreas Buro, Volkmar Deile, Walter Dirks, Ingeborg Drewitz, Berndt Engelmann, Erhard Eppler, Helmut Gollwitzer, Walter Jens, Robert Jungk, Petra Kelly, Ulrich Klug, Horst Krautter, Oskar Lafontaine, Josef Leinen, Alfred Mechttersheimer, Wolf-Dieter Narr, Martin Niemöller, Horst-Eberhard Richter, Dorothee Sölle, Kurt Scharf, Klaus Vack, Hildegard Zumach.

„Mehr als Abwesenheit von Krieg“

Trotz der weltweit wachsenden Friedensbewegung und der Anfang Juni beginnenden UNO-Abrüstungskonferenz in New York will die NATO am 10. Juni eine Gipfelkonferenz in Bonn durchführen, um neue Aufrüstungsprogramme zu beraten. Mit dieser Konferenz sollen die NATO-Staaten auf die von der Reagan-Administration angestrebte weltweite Vormachtstellung festgelegt werden. Dieser NATO-Gipfel ist eine Herausforderung für alle Menschen, die für die Erhaltung des Friedens und für konkrete Abrüstungsschritte eintreten.

Die weltweite Aufrüstung hat unvorstellbare Ausmaße angenommen. Die 80er Jahre werden mehr und mehr zum gefährlichsten Jahrzehnt in der Geschichte der Menschheit. Die Gefahr der atomaren Vernichtung der Welt wird immer größer. Seit mehr als 30 Jahren haben NATO und Warschauer Pakt so viele Waffen angehäuft, daß jedes Leben auf der Erde mehrfach vernichtet werden kann. Diese Gefahr wächst durch eine neue Generation atomarer Vernichtungswaffen und die Fortentwicklung der chemischen und bakteriologischen Waffen.

Jährlich werden über 1,3 Billionen Mark für Rüstung ausgegeben, das sind 16 000 Mark in der Sekunde. Jede Sekunde wird auch ein Kind geboren, und über ein Drittel dieser Kinder stirbt vor Vollendung des ersten Lebensjahres. Rüstung tötet nicht erst im Krieg; Rüstung bedeutet schon täglich, stündlich den Tod vieler in der Welt, denn diese Aufrüstung geht auf Kosten der Länder der Dritten Welt, wo jedes Jahr Millionen Menschen an Hunger sterben. Bei uns steigt die Arbeitslosigkeit, werden soziale Leistungen gestrichen und bleiben dringende notwendige Umweltschutzmaßnahmen aus.

Unser Ziel ist die vollständige weltweite Abrüstung, zu der wir konkrete Schritte in Europa durchsetzen wollen. Europa ist in besonderer Weise durch die Aufrüstung bedroht. Hier lagern jetzt schon mehr Atomwaffen auf engstem Raum als sonst irgendwo auf der Welt. 1983 sollen laut NATO-Doppelbeschuß neue US-amerikanische Atomraketen, Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa, vor allem in der Bundesrepublik, stationiert werden. Diese neuartigen Waffensysteme entsprechen der US-Strategie eines auf Europa begrenzten Atomkrieges. Pershing II und Cruise Missiles sind zur Führung eines atomaren Erstschlags geeignet. Sie bñngen nicht mehr Sicherheit, sondern erhöhen die Kriegsgefahr.

In dieser lebensbedrohenden Situation sind die Europäer aufgerufen, ihre Interessen nach Frieden und Abrüstung selbst wahrzunehmen. Die Genfer Verhandlungen zwischen der UdSSR und den USA haben nur einen Sinn, wenn sie zur tatsächlichen Abrüstung der nuklearen Mittelstreckenwaffen in Ost und West führen. Erste Voraussetzung dafür ist die Verhinderung der geplanten atomaren Aufrüstung durch Pershing II und Cruise Missiles. Eine Lösung, die nur landgestützte Mittelstreckenraketen beinhaltet, ist eine verlogene „Nulllösung“. Eine echte Nulllösung im Mittelstreckenbereich muß alle Mittelstreckenraketen bein-

halten. Wachsender Druck der Friedensbewegung ist notwendig.

Frieden ist für uns mehr als die Abwesenheit von Krieg. Frieden fordert soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit, politische Freiheit, die Achtung der Menschenrechte und das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Wir wenden uns mit aller Entschiedenheit gegen die menschenverachtende Interventionspolitik der US-Regierung in Zentralamerika, dem Nahen Osten, dem Südlichen Afrika und anderen Teilen der Welt.

Wir fordern von der Bundesregierung die eindeutige Unterstützung einer politischen Lösung in El Salvador unter Beteiligung der vereinigten Opposition FDR/FMLN, die als repräsentative politische Kraft anerkannt werden muß. Die Grausamkeiten, die von der pro-US-amerikanischen Marionettenregierung an wehrlosen Menschen begangen werden, und die Anhäufung von immer mehr Vernichtungswaffen bei uns sind das Ergebnis ein und derselben Politik der US-Regierung, wieder unbestrittene Weltmacht Nummer eins zu werden.

Wir verurteilen die Unterstützung der Militärregierung der Türkei durch die NATO-Mitgliedsstaaten.

Wir sind für die Aufhebung des Kriegsrechts und eine politische Lösung in Polen. Wir wehren uns aber dagegen, daß die Situation in Polen durch die NATO als Mittel zur Verschärfung der internationalen Spannungen genutzt wird.

Wir fordern eine politische Lösung des Konflikts in Afghanistan, die die nationale Selbstbestimmung des afghanischen Volkes sicherstellt, jegliche ausländische Einmischung beendet und den Abzug der sowjetischen Truppen einschließt.

Wir wenden uns gegen jede Verletzung des Selbstbestimmungsrechts der Völker der Welt, egal von wem und wo immer sie begangen wird.

Unser Widerstand gegen die atomare Bedrohung darf nicht nachlassen. Das Gleichgewicht des Schreckens kann den Frieden nicht sichern. Wir wollen dem alten Militärdenken unsere Friedenskonzepte entgegensetzen. Dazu brauchen wir weiterhin Mut, Kraft, Phantasie und langen Atem.

Allein eine starke Friedensbewegung kann zusammen mit den Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt die Politik der USA und der NATO durchkreuzen. Dabei stehen wir in Europa nicht allein. Auch in den USA wächst die Friedensbewegung. Das „andere“ Amerika ist längst zu einem mächtigen Verbündeten im Kampf gegen den Kriegskurs der US-Regierung geworden.

Deshalb rufen Organisationen und Gruppen der Friedensbewegung anläßlich des NATO-Gipfels und der UNO-Abrüstungskonferenz vom 5. bis 12. Juni bundesweit zu Friedensaktionen auf.

Kommt alle zur Internationalen Friedensdemonstration am 10. Juni nach Bonn.

— Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsländer der NATO auf, ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise Missiles zurückzuziehen. Damit soll

der Weg für die Verringerung der Atome und aller anderen Massenvernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen.

— Wir fordern eine drastische Senkung der Rüstungsausgaben in Ost und West.

— Wir wehren uns gegen neue Atomwaffen, Neutronenbomben und Giftgase in Europa.

— Wir treten ein für ein atomwaffenfreies Europa, in dem Atomwaffen weder gelagert noch hergestellt oder verwendet werden.

— Wir fordern die USA auf, in Genf ernsthaft zu verhandeln, so daß eine wirkliche Nulllösung mit der Abschaffung aller atomaren Mittelstreckenwaffen erreicht wird.

— Unsere Regierungen müssen eigene Initiativen zu wirksamen Abrüstungsverhandlungen und zur Fortsetzung der Entspannungspolitik ergreifen.

— Wir fordern den sofortigen Stopp deutscher Rüstungsexporte in Krisenherde und Länder der Dritten Welt.

— Wir fordern die Bundesregierung auf, jede direkte oder indirekte Unterstützung der US-Interventionspolitik in Mittelamerika zu unterlassen.

Voraussetzung für die erfolgreiche Durchsetzung dieser Forderungen ist eine starke Friedensbewegung.

Offener Brief an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, Leonid Breschnew

Sehr geehrter Herr Leonid Breschnew!

Voller Sorge um die Zukunft Europas und um den Weltfrieden wenden wir uns an Sie in der Hoffnung, daß Ihr im Herbst erwarteter Besuch der Bundesrepublik Deutschland und Ihr Zusammentreffen mit dem Bundeskanzler Helmut Schmidt einen Weg eröffnen wird, der aus der gegenwärtigen gefährlichen Entwicklung herausführen wird.

Immer mehr Menschen fürchten sich davor, daß nach einem über dreißigjährigen Frieden in Europa nun unserem Kontinent die totale Vernichtung in einem nuklearen Weltkrieg droht. In Westeuropa konkretisiert sich diese Furcht insbesondere in der Opposition gegen die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, den Bau der Neutronenbombe sowie die in Europa lagernden Atomwaffen. Wenn diese Waffen jemals zum Einsatz kommen, werden sie Europa in eine Wüste verwandeln.

Es ist bekannt, daß die Befürworter dieser Politik diese sogenannte Nachrüstung der NATO als rein defensiv bezeichnen. Sie sei nur die Antwort auf die Aufrüstung der Länder des Warschauer Paktes mit den neuen, gleichfalls weitreichenden sowjetischen Mittelstreckenraketen des Typs SS 20 und auf die große zahlenmäßige Überlegenheit der sowjetischen Panzerwaffe.

Angesichts der Größe der uns drohenden Gefahr erscheint es uns müßig, die Frage zu stellen, ob diese Eskalation des Schreckens noch andere Gründe hat: Wie kann die Aufstellung der Raketen und Marschflugkörper und der Neutronenbomben verhindert werden? Wie kann Europa, das heute das Gebiet der Erde mit der größten Anhäufung nuklearer Sprengköpfe ist, in eine atomwaffenfreie Zone verwandelt werden?

Obwohl wir Unterzeichner dieses Briefes die Gründe dieser gefährlichen Entwicklung sehr verschieden einschätzen, wollen wir unterstellen, daß weder die NATO noch der Warschauer Pakt ursprünglich aggressive Ziele verfolgen und einen rein defensiven Charakter haben. Leider hat aber im Laufe der Jahre auf beiden Seiten ein schreckenregendes Wettrüsten dazu geführt, daß sich heute an der Demarkationslinie in Europa zwei waffenstarrende Militärmaschinen gegenüberstehen. Sie verfügen über ein Vernichtungspotential, das ausreicht, die ganze Menschheit nicht nur einmal, sondern vielleicht fünf oder zehnmal zu töten. Der Grund dieses Wettrüstens besteht hauptsächlich darin, daß keine Seite der anderen die rein defensiven Absichten mehr glaubt.

Beide Seiten sind vielmehr überzeugt, einer wachsenden Bedrohung mit immer neuen Rüstungsanstrengungen begegnen zu müssen. Auf die darin liegenden Gefahren braucht nicht erst hingewiesen zu werden. Bei der Zuspitzung der militärischen Konfrontation in Europa spielt die Teilung Deutschlands eine wesentliche Rolle. Ursprünglich schien hierdurch ein gefährlicher Aggressor für immer entmachtet und damit der Frieden in Europa gesichert. Aber das absolute Gegenteil war die Folge. Denn wenn das nukleare Inferno dereinst über uns kommen wird, dann vor allem, weil die Ost-West-Konfrontation die beiden deutschen Staaten zur Aufmarschbasis und nuklearen Speerspitze des einen gegen den anderen werden ließ. Die Teilung Deutschlands schuf nicht Sicherheit, sondern wurde Voraussetzung der tödlichsten Bedrohung, die es in Europa jemals gegeben hat.

Jede Bombe, jede Rakete, überhaupt jede Waffe, die von unseren Beschützern nach Deutschland gebracht wird, sichert nicht den Frieden, sondern bringt uns dem Untergang näher. Wir brauchen keine Rüstung, wir brauchen Abrüstung. Wir brauchen nicht die Stärke von NATO und Warschauer Pakt, sondern die Fortführung der weltweiten Entspannungspolitik, damit NATO und Warschauer Pakt eines Tages überflüssig werden. Die Sicherheit Europas wird nicht durch Kriegswaffen geschaffen, sondern durch deren Beseitigung.

Es gilt, insbesondere die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Sowjetunion sich bis in die sechziger Jahre immer wieder für die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands ausgesprochen hat. 36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zur dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. (Selbstverständlich müßte die Stellung West-Berlins gesichert bleiben.) Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen und niemand sollte sich davor mehr fürchten, als vor dem Atomkrieg.

Dieses Ziel erscheint vielen Deutschen zwar erstrebenswert, aber vorläufig utopisch. Sie können es sich nicht vorstellen, daß die Sowjetunion bereit sein könnte, auf ihre militärische Basis in der DDR zu verzichten. Wir glauben aber, daß dies sehr wohl möglich ist, wenn gleichzeitig die militärische Basis der USA in der Bundesrepublik Deutschland und damit in Europa überhaupt aufgelöst wird. Zugleich müßte im Friedensvertrag festgelegt und durch die Großmächte garantiert sein, daß in Deutschland nie wieder ein aggressives Militärpotential geschaffen wird.

Sehr geehrter Herr Breschnew! Wir wenden uns in vielleicht letzter Stunde an Sie mit der Bitte, diese Vorschläge ernsthaft zu erwägen. Wir sind überzeugt, daß keine westdeutsche Regierung weiterhin auf die Stationierung der neuen Nuklearwaffen der USA beharren kann, wenn die Regierung der Sowjetunion sich bereit erklärt, über einen derartigen Vorschlag zur Lösung der Spannungen in Europa zu verhandeln, und wenn sie überdies solche Verhandlungen erleichtert, indem sie auch ihrerseits darauf verzichtet, die jetzt schon vorhandene Mittelstreckenrüstung gegen Westeuropa noch weiter auszubauen.

Angesichts der 20 Millionen Menschen, die Ihr Land in dem von Deutschland begonnenen zweiten Weltkrieg verloren hat, und angesichts der über 5 Millionen Toten, die unser Volk zu beklagen hatte, müssen Sicherheit und Sicherung des Friedens besonders für unsere beiden Völker das oberste Gebot der Politik sein.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung

Robert Havemann

Der «Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen»

1. Es kann in Europa nur noch einen Krieg geben, den Atomkrieg. Die in Ost und West angehäuften Waffen werden uns nicht schützen, sondern vernichten. Wir werden alle längst gestorben sein, wenn die Soldaten in den Panzern und Raketenbasen und die Generäle und Politiker in den Schutzbunkern, auf deren Schutz wir vertrauten, noch leben und fortfahren zu vernichten, was noch übrig geblieben ist.

2. Darum: Wenn wir leben wollen, fort mit den Waffen! Und als erstes: Fort mit den Atomwaffen. Ganz Europa muß zur atomwaffenfreien Zone werden. Wir schlagen vor: Verhandlungen zwischen den Regierungen der beiden deutschen Staaten über die Entfernung aller Atomwaffen aus Deutschland.

3. Das geteilte Deutschland ist zur Aufmarschbasis der beiden großen Atommächte geworden. Wir schlagen vor, diese lebensgefährdende Konfrontation zu beenden. Die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges müssen endlich die Friedensverträge mit den beiden deutschen Staaten schließen, wie es im Potsdamer Abkommen von 1945 beschlossen worden ist. Danach sollten die ehemaligen Alliierten ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen und Garantien über Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der beiden deutschen Staaten vereinbaren.

4. Wir schlagen vor, in einer Atmosphäre der Toleranz und der Anerkennung des Rechts auf freie Meinungsäußerung die große Aussprache über die Fragen des Friedens zu führen und jede spontane Bekundung des Friedenswillens in der Öffentlichkeit zu billigen und zu fördern. Wir wenden uns an die Öffentlichkeit und an unsere Regierung, über die folgenden Fragen zu beraten und zu entscheiden.:

a) Sollten wir nicht auf die Produktion, den Verkauf und die Einfuhr von sogenanntem Kriegsspielzeug verzichten?

b) Sollten wir nicht anstelle des Wehrkundeunterrichts an unseren Schulen einen Unterricht über Fragen des Friedens einführen?

c) Sollten wir nicht anstelle des jetzigen Wehrrersatzdienstes für Kriegsdienstverweigerer einen sozialen Friedensdienst zulassen?

d) Sollten wir nicht auf alle Demonstrationen militärischer Machtmittel in der Öffentlichkeit verzichten und unsere staatlichen Feiern statt dessen dazu benutzen, den Friedenswillen des Volkes kundzutun?

e) Sollten wir nicht auf die Übungen zur sogenannten Zivilverteidigung verzichten? Da es im Atomkrieg keine Möglichkeit einer sinnvollen Zivilverteidigung gibt, wird durch diese Übungen nur der Atomkrieg verharmlost. Ist es nicht womöglich eine Art psychologischer Kriegsvorbereitung?

5. Frieden schaffen ohne Waffen – das bedeutet nicht nur: Sicherheit zu schaffen für unser eigenes Überleben. Es bedeutet auch das Ende der sinnlosen Verschwendung von Arbeitskraft und Reichtum unseres Volkes für die Produktion von Kriegswerkzeug und die Ausrüstung riesiger Armeen junger Menschen, die dadurch der produktiven Arbeit entzogen werden. Sollten wir nicht lieber den Hungernden in aller Welt helfen, statt fortzufahren, unseren Tod vorzubereiten?

Selig sind die Sanftmütigen,

Denn sie werden das Erdreich besitzen.

(Jesus von Nazareth in der Bergpredigt)

Das Gleichgewicht des Schreckens hat den Atomkrieg bisher nur dadurch verhindert, daß es ihn immer wieder auf morgen vertagt hat. Vor diesem herannahenden Morgen des Schreckens fürchten sich die Völker. Sie suchen nach neuen Wegen, dem Frieden eine bessere Grundlage zu geben. Auch der «Berliner Appell» ist ein Ausdruck dieses Suchens. Denkt über ihn nach, macht unseren Politikern Vorschläge und diskutiert überall die Frage:

Was führt zum Frieden, was zum Krieg?

Bekräftigt Eure Zustimmung zum «Berliner Appell» durch Eure Unterschrift.

Berlin, den 25. Januar 1982»

„Schwerter zu Pflugscharen“

Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen in der DDR hat sich auf ihrer Tagung vom 12. bis 14. März 1982 in Buckow wiederum mit der Frage kirchlicher Friedensverantwortung und christlicher Friedensinitiativen in unserem Lande beschäftigt. Weil viele jüngere und ältere Glieder unserer Gemeinden mit diesen Fragen ringen, möchte die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen folgendes sagen:

Die Mitwirkung der Christen bei der Erhaltung des Friedens ist und bleibt als eine Folge unseres Glaubens an den Herrn des Friedens notwendig. Jesus Christus, der auch für uns Menschen in unserem inneren und äußeren Unfrieden gestorben und auferstanden ist, will, daß wir mit friedlichen Mitteln die Chancen des Friedens in der Welt stärken. Wir sind überzeugt, daß wir damit den politischen Friedensbemühungen in der Welt, auch denen unserer eigenen Regierung, zur Seite stehen.

Das biblische Wort von den „Schwertern, die zu Pflugscharen umgeschmiedet werden“ (Micha 4,3) hat in den letzten Monaten für verschiedene christliche Friedensinitiativen in unserem Land besondere Bedeutung erlangt. Die Konferenz der evangelischen Kirchenleitungen hat diesen Satz für die Friedensdekade 1981 gebilligt. Um dieses Prophetenwort hat es Mißverständnisse und auch Auseinandersetzungen mit Staatsorganen gegeben.

Dieses Wort drückt unsere christliche Hoffnung aus, daß Gott einmal eine Welt schaffen wird, in der wir Menschen keine Waffen mehr brauchen, um uns zu schützen. Es drückt zugleich, als Folge solcher Hoffnung, unsere christliche Verantwortung aus, schon jetzt das Mögliche zu tun, damit Menschen und Völker ihre Konflikte ohne Waffen bewältigen. Die Atomwaffen unserer Zeit werden, falls sie zur Anwendung kommen, keine Sieger mehr hinterlassen. Wir sind überzeugt, damit für das Ziel zu wirken, für welches z. B. unsere Regierung sich einsetzt.

Sich im Sinne des Bildwortes „Schwerter zu Pflugscharen“ für den Frieden einsetzen, heißt insbesondere, sich für Abrüstung einsetzen.

„Schwerter zu Pflugscharen“: diese Worte meinen eindeutig: Kriegsgeräte zu Friedensgeräten machen, und das heißt abrüsten. Wir wissen, daß wir Christen — Gott sei Dank — nicht die einzigen oder ersten sind, die sich in den gegenwärtigen Friedensbedrohungen für Abrüstung einsetzen. Wir wissen auch, daß das Ringen um Abrüstung langwierig und mühsam ist und nur von Teilerfolg zu Teilerfolg voranschreiten kann. Fortschritte werden nur gelingen, wenn wechselseitige Angst voneinander abnimmt und Vertrauen zueinander wächst. Wir Christen haben die politisch realisierbaren Lösungen auch nicht zur Hand. Wir möchten und müssen aber um unseres Glaubens Willen beim Ringen auch unseres Landes um Abrüstung mitwirken.

Das Bibelwort „Schwerter zu Pflugscharen“ hat dabei für uns Christen die Bedeutung eines bildhaft ausgedrückten Leitspruches. Es ist keine für den Alltag empfohlene politische Anweisung, auch kein simples Rezept gegen die Atomwaffen. Es ist ein Wegweiser, der die Richtung weist, in die gehen muß, wer Abrüstung will. Es ist ein Zeichen, das den dauerhaften Frieden nicht herbeizaubert, aber ermutigend symbolisiert. Christen müssen neu lernen, daß solcher Gehorsam der Glaubensnachfolge mit Leiden verbunden sein kann. Junge Männer in unseren Gemeinden ringen vor Gott um Antwort auf die Frage, ob sie ihren Wehrdienst bei den bewaffneten Einheiten der NVA (Nationale Volksarmee d. Red.) aufnehmen, ob sie sich für den Dienst bei den Bauseinheiten entscheiden, oder ob sie den Wehrdienst ganz verweigern sollen. Wir halten daran fest, daß Christen auch in unserer Zeit trotz des erhöhten Risikos den Dienst in der Armee wagen können. Wir betonen, daß die jungen Christen in den Bauseinheiten, ja auch die Wehrdienstverweigerer im Gefängnis ein Zeichen für Abrüstung und nicht gegen den Staat geben wollen. Wir stehen zu den jungen Christen, die mit Worten oder Taten anzeigen, daß auch die Friedensbemühungen unseres Staates den christlichen Abrüstungsimpuls nicht erübrigen.